

LEUTE



Nordrhein-Westfalens Verkehrsminister Oliver Krischer (53, Grüne, Foto: dpa) hat große Probleme im Bus- und Bahnverkehr eingeräumt. Das gravierendste Defizit sei der Fachkräftemangel, sagte er am Donnerstag in einer Aktuellen Stunde des Düsseldorfer Landtags. Die Landesregierung nehme - deutschlandweit einzigartig - selbst Geld in die Hand, um mit Fokus auf die Bahn auszubilden und damit einen Personalnotstand zu beseitigen. „Das kann kein Dauerzustand sein, dass die öffentliche Hand hier die Qualifizierung vornimmt“, unterstrich Krischer. „Das müssen die Unternehmen und die Verbände am Ende schon selbst machen. Das ist deren Aufgabe.“ Die Landesregierung kümmere sich um bessere Rahmenbedingungen dafür. (dpa)

KURZ NOTIERT

Prozess um totes Baby Rabea: Mutter gesteht

MÖNCHENGLADBACH Mit einem Geständnis hat in Mönchengladbach der Prozess gegen die Mutter eines in einem öffentlichen Mülleimer entdeckten toten Babys begonnen. Vor dem Landgericht sagte die Angeklagte am Donnerstag, sie sei von der Geburt überrascht worden und habe das schreiende Neugeborene getötet. Die gelernte Verkäuferin erklärte gegenüber dem Schwurgericht, sie habe die Schwangerschaft nicht bemerkt. Sie habe nachts Bauchschmerzen gehabt, kalt geduscht und dann das Kind zwischen den Beinen gesehen. Die Anklage wirft ihr vor, den Kopf mehrfach wuchtig gegen eine Tischkante geschlagen zu haben. Die 24-Jährige ist wegen Mordes angeklagt. (dpa)

Trainingsgelände von 1. FC Köln auf Eis gelegt



MÜNSTER Der Fußball-Bundesligist 1. FC Köln darf sein Trainingsgelände vorerst nicht auf den Grüngürtel in Köln ausweiten. Das hat das Oberverwaltungsgericht für das Land NRW entschieden. Das OVG kippte den notwendigen Bebauungsplan der Stadt Köln wegen Verfahrensmängeln. Der 7. Senat wies in seiner Urteilsbegründung darauf hin, dass die Fehler mit Hilfe eines ergänzenden Planungsverfahrens aber aus der Welt geschafft werden können. Geklagt gegen den Plan aus dem Jahr 2020 hatten eine Bürgerinitiative und der Naturschutzbund Nabu. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Revision ließ das OVG nicht zu. Dagegen ist Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig möglich. (Az.: 7 D 277/20. NE und 7 D 2/21.NE) (dpa)

Düsseldorfer Polizeikessel beschäftigt Gericht

DÜSSELDORF Ein umstrittener Polizeikessel bei einer Demonstration in Düsseldorf beschäftigt fast anderthalb Jahre später jetzt das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster, wie eine Gerichtssprecherin bestätigte. Bei einem Protestzug gegen das damals geplante neue Versammlungsgesetz war es im Juni 2021 zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen. An einer Stelle, an der es vergleichsweise ruhig war, setzte die Polizei damals rund 300 Protestierende fest. Zu Unrecht, heißt es in drei Anträgen von Beteiligten, die beim Düsseldorfer Verwaltungsgericht (VG) eingereicht wurden. (dpa)

Neue „Schlacht“ soll vermieden werden

Innenminister Herbert Reul will bei der Räumung von Lützerath kein „Hambacher Forst 2.0“. Opposition besorgt.

VON BETTINA GRÖNEWALD

DÜSSELDORF Das rheinische Braunkohledorf Lützerath soll mit einem umfassenden Polizeieinsatz komplett geräumt werden. Bei dem „Gesamteinsatz“ würden mit einem Schlag Besetzer entfernt, Barrikaden beseitigt, Häuser sofort abgerissen und Bäume gerodet, kündigte Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) am Donnerstag im Düsseldorfer Landtag an. „Andernfalls wird doch sofort wieder besetzt und wir fangen wieder von vorne an.“

Ein Szenario wie bei der Räumung des Hambacher Forsts – einem der größten und am heftigsten umstrittenen Polizeieinsätze der jüngeren Landesgeschichte – schloss der Innenminister aus. Einsätze „scheibchenweise“ werde es nicht geben. Gegen Linksextremisten, die „unter dem Deckmantel der Klimaproteste mit Gewalt Stimmung gegen den Staat“ machten, werde kompromisslos vorgegangen.

Das Recht, den Weiler abzubauen

Einen „Hambacher Forst 2.0“ – wie von der FDP-Opposition befürchtet – sehe er überhaupt nicht kommen. „Die Ausgangslage ist doch eine ganz andere“, stellte Reul klar. RWE besitze seit März 2022 das Recht, den Weiler abzubauen – durch Verwaltungsgerichte mehrfach bestätigt. Die von dem Energiekonzern angekündigten Rückbaumaßnahmen würden von den zuständigen Stellen im Land geschützt.

Der – teils auch gewaltsame – Kampf von Klimaaktivisten um den Erhalt des damals noch vom Braunkohle-Abbau bedrohten Hambacher Forsts hatte sich im Herbst 2018 über Wochen hingezogen. Nach jeder Räumung waren wieder neue Baumhäuser gebaut worden. Im Januar 2019 hatten sich Bund, Länder und Energiekonzern bei ihren Verhandlungen über den Kohleausstieg schließlich geeinigt, dass der Wald doch nicht gerodet



Wann könnte eine mögliche Räumung Lützeraths erfolgen? Das ist derzeit noch unklar. Bei dem „Gesamteinsatz“ würden mit einem Schlag Besetzer entfernt, Häuser sofort abgerissen und Bäume gerodet, kündigt NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) an.

FOTOS: DANIEL GERHARDS/DPA

werden muss.

Bis dahin hatte es jedoch jede Menge Negativschlagzeilen gegeben, die viele den Sinn des Einsatzes hinterfragen ließ. Am nachhaltigsten in Erinnerung geblieben sind vermutlich der tragische Absturz eines Dokumentarfilmers von einer Hängebrücke im besetzten Wald sowie Fäkalienwürfe, Molotowcocktails und Zwillenschüsse auf die Polizei.

FDP und SPD warnten am Donnerstag im Landtag vor unverhohlenen „Kampfansagen“ des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“. Das hatte jüngst angekündigt: „Wir werden um Lützerath kämpfen, wie wir den Hambacher Wald verteidigt haben. Wer Lützerath angreift, wird

einen hohen Preis zahlen.“

Der FDP-Abgeordnete Marc Lürbke unterstrich: „Es ist nicht hinnehmbar, dass die Einzigen offenbar, die sich derzeit auf eine Räumung vorbereiten, die Besetzer sind.“ Ende Gelände werde offen mit dem Slogan: Die Polizei schläft – wir nicht.“

Die „Drecksarbeit“ machen

Auch der SPD-Abgeordnete und Polizist Andreas Bialas mahnte eine gründliche Vorbereitung der erwartbaren Auseinandersetzung zwischen Polizei und Klimaaktivisten an. An Reul richtete er den Appell: „Stehen Sie zu dem möglichen Räumungsbefehl und stehen Sie zu

den Personen, die dann in Ihrem Auftrag diese Drecksarbeit machen müssen.“

Der AfD-Abgeordnete Christian Loose warnte vor weiteren Zugeständnissen an „Erpresser“ der Klimaschützer-Szene. Der jüngste Verzicht auf das Abbaggern von fünf Dörfern im rheinischen Revier werde die ursprünglichen Bewohner nicht zurückbringen. Hier entstehe nur „ein Wallfahrtsort für Klimaterroristen“. Reul wies solche Befürchtungen zurück. „Wir wollen alles tun, um die Situation zu deeskalieren“, versicherte er. Gründliche Vorbereitungen seien im vollen Gange. Die Landesregierung habe bereits an diesem Donnerstag den Kölner Regierungspräsidenten ge-

beten, eine Räumungsverfügung auf den Weg zu bringen. Danach seien der Kreis Heinsberg und die Stadt Erkelenz am Zug.

„Erst danach kommt die Polizei ins Spiel, wenn nämlich die Stadt Erkelenz um Vollzugshilfe bittet“, sagte Reul. „Das dauert alles noch etwas, da geht niemand überstürzt dran.“

Niemand werde wegen friedlicher Proteste pauschal kriminalisiert, versicherte der Innenminister. Er wolle aber an die Menschen in Lützerath appellieren: „Lassen Sie sich nicht radikalisieren, lassen Sie es nicht eskalieren.“ Es müsse nicht zur Gewalt kommen. „Es gibt ganz andere Wege.“

Bei dem zwischen CDU und Grünen sehr sensiblen innenpolitischen

Thema ließen sich die erst seit wenigen Monaten zusammen regierenden Koalitionäre nicht auseinandersetzen. Auch die Grünen-Abgeordnete Julia Höller stellte nüchtern fest: „Dass Gewalt gehandelt wird, ist in unserem Rechtsstaat eine Selbstverständlichkeit.“ Die FDP versuche bloß, die Klimabewegung zu kriminalisieren und damit „um den größten Sheriff-Stern“ zu buhlen.

Kein Einsatz in diesem Jahr?

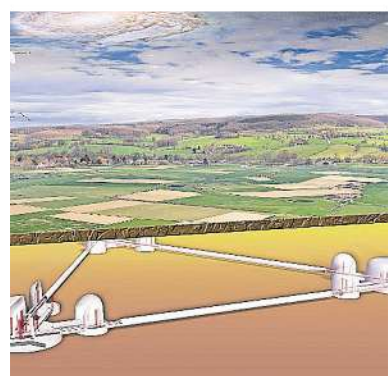
Aachens Polizeipräsident hatte kürzlich einen Einsatz noch in diesem Jahr ausgeschlossen. In den Häusern von Lützerath, deren einstige Bewohner weggezogen sind, halten sich Aktivisten auf, die um den Ort kämpfen wollen. Die grün geführten Wirtschaftsministerien in Bund und NRW hatten Anfang Oktober mit dem Energiekonzern RWE einen auf 2030 vorgezogenen Kohleausstieg im Rheinischen Revier vereinbart. Fünf weitgehend verlassene Dörfer am Tagebau bleiben erhalten, Lützerath soll zur Kohlegewinnung aber abgebaggert werden.

Parteiübergreifender Vorstoß für Einstein-Teleskop

NRW-Landtagsfraktionen werben für die Unterstützung des in den Niederlanden geplanten Projekts aus Bundesmitteln.

DÜSSELDORF Das Einstein-Teleskop soll Gravitationswellen messen und damit – kurz gesagt – einen genauen Blick auf die Entstehung des Universums ermöglichen. Nach Inbetriebnahme würde es das Dreiländereck an die Spitze der Gravitationsforschung setzen. Zeitgleich würden Tausende Arbeitsplätze entstehen – so der Plan, an dessen Konzeptionierung neben der RWTH Aachen zahlreiche weitere Forschungseinrichtungen aus Europa beteiligt sind.

Doch im August teilte das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit, dass es „auf absehbare Zeit keinerlei Spielräume für eine direkte finanzielle Beteiligung



Die Landtagsfraktionen der FDP, Grüne, SPD und CDU in NRW fordern gemeinsam die Landesregierung auf, sich beim Bund für eine Unterstützung des Einstein-Teleskops einzusetzen. FOTO: EINSTEIN TELESCOPE/MARCO KRAAN

Deutschlands am Bau des Einstein-Teleskops“ sehe. Knackpunkt sei eine fehlende „Finanzierungsperspektive“, bevor die Entscheidung für den Standort endgültig fällt. Unter anderem sind etwa die Lausitz sowie Ungarn und Sardinien im Gespräch.

Die Landtagsfraktionen der FDP, CDU, SPD und der Grünen in Nordrhein-Westfalen wollen nun nochmals mit Nachdruck für finanzielle Unterstützung aus Bundesmitteln werben. In einer gemeinsamen Stellungnahme, die sie am Donnerstag veröffentlichten, fordern sie die schwarz-grüne NRW-Landesregierung auf, „sich bei der Bundesregierung dafür stark zu machen, dass das Einstein-Teleskop-Projekt

mit Standort Limburg in die zu aktualisierende ‚Nationale Roadmap Forschungsinfrastrukturen‘ aufgenommen wird.“ Zudem sollen Gespräche mit der niederländischen Provinzregierung zur Klärung der Finanzierung forciert werden. Die Niederlande haben bereits eine Beteiligung an den Baukosten in Höhe von fast einer Milliarde Euro in Aussicht gestellt.

Das Land NRW soll zudem mit der gegründeten „Einstein Telescope Scientific Collaboration“ sowie mit den Niederlanden, Belgien und der Europäischen Union Gespräche aufnehmen, „um die Umsetzung des Einstein-Teleskop-Projekts am Standort Limburg zu unterstützen“,

heißt es weiter. Das Einstein-Teleskop am Standort Limburg sei ein Projekt der „Spitzenforschung mit globaler Ausstrahlung“ und werde einzigartige astrophysikalische Informationen sowie Erkenntnisse zur Grundlagenphysik aus schwarzen Löchern und Neutronensternen hervorbringen.

„Es ist auch eine herausragende Möglichkeit, durch Innovationen und Technologietransfer zahlreiche direkte und indirekte Arbeitsplätze in allen drei Ländern zu schaffen – und somit die dringend erforderliche Transformation in den Regionen zu unterstützen“, erklärt Dr. Werner Pfeil für die FDP-Landtagsfraktion in der Pressemitteilung. (cheb)

RÄTSEL-ECKE

Grid for a crossword puzzle with numbers 1-9 and some pre-filled letters.

Auflösungen der vorherigen Ausgabe

Schwedenrätsel

Small grid for a Swedish puzzle with letters and numbers.

(1-9) Schulzeit

Sudoku

9x9 grid for a Sudoku puzzle with some numbers pre-filled.

Large crossword puzzle grid with clues in German and some pre-filled letters.